

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 7-8

Artikel: Kanadas französisches Problem
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347725>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kanadas französisches Problem

Es gibt drei Gründe, warum die Schwierigkeiten, die Kanada mit der französischen Bevölkerung der Provinz (die richtigere Bezeichnung wäre «Gliedstaat») Québec hat, auch ausserhalb Kanadas und Amerikas Aufmerksamkeit verdienen. Sie sind zunächst eine Warnung für andere demokratische Staaten, der beliebten Tendenz auszuweichen, die Lösung von Problemen so lange aufzuschieben, bis sie dadurch, dass man lange vor ihnen die Augen verschloss, fast unlösbar geworden sind. Sie werfen weiter das für alle Bundesstaaten aktuelle Problem des richtigen Ausgleiches der Kompetenzen der Föderalregierung mit denen der Glieder des Bundes auf. Sie stellen wieder einmal die Nützlichkeit von Referenden zur Debatte. Dazu kommen zwei nur für Kanada typische Problemkreise, das bisherige Scheitern aller Bemühungen, zu einer eigenen kanadischen Verfassung zu gelangen, und die Tatsache, dass die Wählerschaft bei Bundeswahlen oft anderen Parteien zum Sieg verhilft als bei Provinzialwahlen.

So grotesk es klingen mag, die kanadische Verfassung ist immer noch der vom britischen Unterhaus 1867 beschlossene British North America Act. Er ist bisher fünfundzwanzigmal in Fragen geringerer Bedeutung novelliert worden, aber immer durch einen formell in London zustande gekommenen Unterhausbeschluss. Die britische Regierung würde keine Schwierigkeiten machen, dieses ihr ganz unerwünschte Privileg aufzugeben, wenn die kanadischen Politiker sich darüber einigen könnten, wie ihre eigene Verfassung aussehen sollte. Pierre Elliott Trudeau, seit 1968 mit Unterbrechung einiger Monate Chef der Bundesregierung und durch seine Dynamik sich vorteilhaft von dem sonst dort üblichen Mittelmass abhebend, hat schon vor Jahren den Stier dadurch bei den Hörnern zu packen versucht, dass er dem Parlament einen eigenen Verfassungsentwurf vorlegte. Aber diese Initiative versandete vollkommen, und ob eine neue, jetzt nach dem Misserfolg des Referendums in Québec fällige, erfolgreicher sein wird, kann nur die Zukunft lehren. Die Stellung der zehn kanadischen Provinzen gegenüber der Bundesregierung in Ottawa ist der der Schweizer Kantone oder der Länder der Bundesrepublik vergleichbar. Ausser Verteidigung und Aussenpolitik haben sie praktisch alle Kompetenzen, aber es gibt eine umstrittene «Grauzone» in bezug auf Wirtschafts- und Finanzpolitik, die man durch Gerichtsurteile und Ad-hoc-Abmachungen zu überwinden trachtet. Im November 1976 hat die nationalistische, rechte wie linke Anhänger zählende Sammelbewegung «Parti québécois» (PQ) auf Grund des von England übernommenen Wahlrechtes mit 41 Prozent der Stimmen die auf 34 Prozent herabgesunkenen und traditionell die Provinz regierenden Liberalen aus der Regierung verdrängt und damit die zum Referendum führende Krise ausgelöst. Aber bei den letzten Wahlen

ins Bundesparlament (bei denen die PQ freilich keine Kandidaten aufstellt und keine Weisungen ausgibt) haben die Liberalen in der Provinz Québec wieder einen grossen Sieg errungen, der sicher stark der Persönlichkeit des aus Montréal stammenden und dort ins Parlament gewählten P. E. Trudeau zu danken ist, der übrigens nicht der erste Franzose an der Spitze der Bundesregierung ist.

Seit Frankreich gezwungen war, 1763 im Frieden von Paris seine nord-amerikanischen Besitzungen an England abzutreten, hat sich die französische Bevölkerung des späteren Kanada wenn auch nicht unterdrückt, so doch benachteiligt gefühlt. Unbeträchtliche französische Minderheiten gibt es in Ontario und Neu-Braunschweig, aber in Québec haben die Franzosen eine 80prozentige Mehrheit, während westlich von Ontario kaum irgendwelche Franzosen leben. Die Franzosen Kanadas, die sich für die eigentlichen «Canadiens» halten, während sie alle anderen, auch wenn sie Polen oder Ukrainer sind, von oben herab als «Les Anglais» abtun, sind die Abkömmlinge von Franzosen, die nicht durch die Französische Revolution von 1789 gegangen sind, seither keinen Zuzug von aussen erlebt haben und zwar bereit sind, die Früchte der industriellen Revolution zu geniessen, nicht aber ihre Schattenseiten zu akzeptieren. Sie reklamieren das Recht, weiterhin in ländlicher Abgeschiedenheit zu leben, und diese Forderung nach ungestörtem Hinterwäldlertum ist reaktionär und darum ablehnenswert. Um so erstaunlicher, dass die Sozialistische Partei Frankreichs, allerdings weit vom Schuss, ungeachtet des ganz entgegengesetzten Standpunktes der kanadisch-französischen Sozialisten, dem PQ-Separatismus Sympathie bezeugt und auch auf das Ergebnis des Referendums mit einer zweideutigen Sympathieerklärung reagiert hat. Hingegen sind die Frankokanadier im Recht, dass sie, die immerhin 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, von «Les Anglais» nicht voll genommen und von ihnen, soweit möglich, ignoriert werden. Bis zu einem gewissen Grad kann man das von den Bewohnern der 3000 oder 4000 Kilometer westlich von Québec liegenden Westprovinzen noch verstehen, die einen leibhaftigen Franzosen kaum je zu Gesicht kriegen, aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist es der «anglophonen» Minderheit in Montréal und mit ihr den nichtenglischen Zuwanderern aus Europa nie eingefallen, der französischen Sprache (der Bevölkerungsmehrheit!) die geringste Achtung zu schenken, so wie den Franzosen im belgischen Brüssel nie der Gedanke kommt, sich wenigstens die Anfangsgründe der flämischen Sprache anzueignen, die ein starker Prozentsatz ihrer Mitbürger spricht. Dass Handel, Banken und Industrie in Québecks wirtschaftlich wichtigster Stadt Montréal vom «anglophonen» Element beherrscht werden, mag auf dessen grössere Agilität und die «frankophone» Schläfrigkeit zurückzuführen sein, hat aber viel böses Blut geschaffen. Andererseits hat nicht so sehr die einseitig französische Orientierung der PQ-Regierung René Lévesques als vielmehr ihre Intoleranz zu einem Exodus anglophoner Elemente nach Ontario, be-

sonders nach Toronto, geführt, was das wirtschaftliche Potential Québecks empfindlich geschädigt hat.

In bezug auf die nationalpolitischen Forderungen der französischen Kanadier hat sich manches gebessert, seitdem Trudeau als Führer der (nicht sehr liberalen) Liberalen 1968 die Führung der Bundesregierung in Ottawa übernahm. Freilich handelt es sich meist bloss um die Verwirklichung einer formalen Gerechtigkeit. Im Bundesparlament hat es schon seit langem simultane Übersetzungen aller Reden gegeben. Jetzt wird der Verfassungsgrundsatz der Zweisprachigkeit konsequenter durchgeführt, aber dass alle Bundesgebäude, zum Beispiel in Vancouver, 5000 Kilometer vom französischen Sprachgebiet entfernt, auch französische Aufschriften erhielten, wird von keinem Frankokanadier als ins Gewicht fallende Konzession gewertet. In Umkehrung der früheren Praxis hat die Regierung Lévesque für Québec ein Gesetz durchgesetzt, das Französisch zur einzigen Staatssprache macht und alle nichtenglischen Einwanderer, also etwa auch Skandinavier, zum Besuch französischer Schulen zwingen wollte. Der Bundesgerichtshof hat dieses Gesetz kürzlich als verfassungswidrig verworfen (und Lévesque scheint sich diesbezüglich fügen zu wollen). Bezeichnenderweise hat er in einem Atemzug auch ein aus dem Jahre 1896 (!) stammendes Gesetz der westlichen Provinz Manitoba aufgehoben, das das Englische zur alleinigen offiziellen Sprache erklärt hatte. Von 1896 bis 1980 scheint das niemandem im Wege gestanden zu sein . . .

René Lévesques eigentliches Ziel ist ein ganz unabhängiger Staat Québec, aber teils weiss er, dass das für die Bevölkerung ein schweres wirtschaftliches Opfer bedeuten würde, teils fühlt er, dass sie es eben darum in ihrer Mehrheit gar nicht will. Darum hat er eine Volksabstimmung mit einer raffiniert formulierten, mit «Ja» oder «Nein» zu beantwortenden Parole arrangiert, die sehr harmlos klingt. Er wolle nichts als eine Ermächtigung, mit der Bundesregierung in Ottawa über eine Neuregelung zu verhandeln, der er die Bezeichnung «Souveränität-Assoziation» gab, was Québec nur Vorteile – Verbleiben in einem ungeheuren einheitlichen Wirtschaftsraum mit durch Bundeszuschüsse billig gehaltenem Benzin aus der westlichen Provinz Alberta – und keinerlei Nachteile bringen würde. Vorläufig würde sich nichts ändern, und das Ergebnis dieser «Verhandlungen» würde einem weiteren Referendum vorgelegt werden. Das ist so erwünscht gescheit, dass man versucht ist, es herzlich dumm zu nennen. Jedenfalls hat Trudeau mit der Zustimmung aller anderen neun Provinzen sofort erklärt, dass es auf einer solchen Grundlage überhaupt keine Verhandlungen geben könne und würde. Wäre das Plebiszit im Sinne der PQ positiv ausgefallen, hätte es daher zu einer Staatskrise führen und in Québec eine Terrorwelle à la Nordirland auslösen können. Diese Gefahr wurde durch die Vernunft und den staatsmännischen Sinn der Bevölkerungsmehrheit abgewendet, wenn auch nicht mehr als ein negatives Ergebnis erreicht wurde. Man kann annehmen, dass alle 18 Prozent «anglophone» Wahlbe-

rechtigte mit Nein gestimmt haben, woraus sich ergibt, dass etwa die Hälfte der übrigen gleichfalls mit Nein gestimmt haben muss – ein recht überraschendes Ergebnis, wenn man bedenkt, dass im geschlossenen französischen Sprachgebiet ganze Ortschaften aus vermeintlicher nationaler Solidarität korporativ mit Ja gestimmt haben. Die kanadischen Sozialisten (Neue demokratische Partei, NdP) hatten keine eigene Parole ausgegeben, sondern sich mit anderen Gruppierungen in die Nein-Kampagne eingereiht, die von der stärksten Partei, den Liberalen Québécois, geführt wurde. Der entscheidende Sieg, den diese Kampagne bei der Volksabstimmung erfochten hat, ist aber wahrscheinlich weniger durch die Argumente des Führers der Liberalen der Provinz, Claude Ryan (trotz seinem irischen Namen ein Franzose), der den Abstimmenden versprach, er könne mehr erreichen als Lévesque, als durch kraftvollen Einsatz des Bundes-Premierministers Trudeau herbeigeführt worden, der der Bevölkerung von Québec auseinandersetzte, dass die Erhaltung Kanadas in der bisherigen Form im ureigensten Interesse auch seiner französischen Bürger liegt.

Die von der PQ gepredigte «Rückwärtserei» wurde bei der Abstimmung aufs Haupt geschlagen, aber das Problem der Frankokanadier und der ganze Komplex der Verfassung eines der grössten Staaten der Welt bleiben weiter offen.